

## Literaturbericht

# Wohin treibt die Europäische Union?

von Siegfried Schwarz, Berlin

Die zu besprechenden Titel – zumeist Sammelbände – behandeln ein äußerst breites Spektrum von Problemen und Konflikten im Prozess der europäischen Integration. Da es im vorgegebenen Rahmen nicht möglich und nicht sinnvoll wäre, alle berührten Themen aufzugreifen, konzentriert der Rezensent den Blick auf einige der gravierendsten, von den Autoren untersuchten Fragen, vor denen die Europäische Union in Geschichte und Gegenwart stand und steht. Diese Problemkomplexe betreffen die Rolle der Krisen und deren Bewältigung für den Verlauf des europäischen Einigungsprozesses, die bisher unbewältigten Herausforderungen der Osterweiterung der EU, die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für diese Zusammenhänge und die Rolle der USA für die Anfänge des Integrationsprozesses.

Der Herausgeber des Bandes *Die Europäische Union und ihre Krisen*, Romain Kirt (Luxemburg/Bonn), stellt das Diktum eines der Gründerväter der europäischen Institutionen, Jean Monnet, als Leitmotiv vor seine Betrachtung: Die Krisen sind die großen Einiger! Der Autor charakterisiert durchaus zutreffend die Grundzüge des jahrzehntelangen Einigungsprozesses, wenn er feststellt, die Geschichte der europäischen Integration sei eine Geschichte von Krisen und intelligentem Krisenmanagement. Die EU sei aus ihren Krisen, den punktuellen wie den umfassenden, stets gestärkt hervorgegangen. Kein Ereignis, kein äußerer Anlass habe den Prozess so stark vorangetrieben wie kleine und große Konflikte, die von den Mitgliedstaaten überwunden werden mussten. Allerdings bemerkt der Verfasser zu Recht, dass die derzeitige Krise in der EU eine Struktur- und zugleich eine Orientierungskrise, vor allem aber eine Entwicklungs- und Reifungskrise sei. Die EU – ein politisch-juristisches Gebilde sui generis – bleibe einem ständigen Wandel, einer permanenten Mutation unterworfen und werde deshalb noch viele Krisensituationen durchzustehen haben. Zuzustimmen ist der Einschätzung des Autors, dass der Prozess der Integration zu keinem Zeitpunkt als ein harmonischer Vorgang aufzufassen gewesen sei. In jeder Phase hätten die Gegensätzlichkeiten überwogen. Die Geschichte der EU werde seit ihren Anfängen bis heute von einem dialektischen Konflikt zwischen zwei Grundtendenzen bestimmt, nämlich zwischen dem Gegeneinander der Nationen, Kulturen und Weltanschauungen einerseits und ihrem europäischen Zusammenhang andererseits, zwischen der Differenzierung aller Prozesse und ihrer tendenziellen Vereinheitlichung. Romain Kirt hebt hervor, für unsere Zeit sei spezi-

fisch, dass die Idee der Integration immer mehr zu einer reinen Kopfangelage degradiert zu werden drohe, zu einer esoterisch-elitären Frage, die scheinbar nur noch Europa-Politiker und ausgewiesene EU-Spezialisten etwas angehe. Es könne zu einer realen Gefahr für die Integration werden, sollte der Einigungsprozess zu einer ausschließlich von Euro- und Technokraten beherrschten Domäne absinken (S. 33ff.).

Weitere Beiträge in diesem Sammelband untersuchen einzelne herausgehobene Krisen-Situationen des Integrationsprozesses von den 50er Jahren bis zur Gegenwart. Wolfram Kaiser (Brügge) beleuchtet das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im August 1954 und die Auswege aus jener damals gravierenden Krise. Der Autor nennt das Debakel der EVG die tiefgreifendste Krise in der Geschichte der Integration, weil hier ein äußerst ambitioniertes Vertragswerk mit dem Ziel der direkten politischen Integration während des Ratifizierungsprozesses in der Französischen Nationalversammlung durchgefallen sei. Allerdings stellt der Autor zu Recht fest, dass die Bewältigung dieses schwerwiegenden Konflikts schließlich zum direkten Eintritt der Bundesrepublik in die NATO (im Mai 1955) führte und letztlich zur Stabilisierung der europäischen Integration beitrug. Der seinerzeitige Eklat förderte nämlich die Verlagerung der Schwerpunkte in einen anderen Bereich der Integration, in den der Wirtschaft. Insofern wurde das Scheitern der EVG im Jahre 1954 tatsächlich zu einem Aufbruch des damaligen Kerns (West) Europas zu neuen Ufern, nämlich zur Ausarbeitung der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (S. 94f.).

Valérie Guérin-Sendelbach (Bonn) wendet sich dem Zustand des deutsch-französischen Bilateralismus als Teil der inneren Krise der EU zu. Es sei für Frankreich schwieriger geworden, die eigene Position im Rahmen der EU durchzusetzen. In Zukunft könnte dies noch komplizierter werden, weil die bevorstehende Erweiterung der EU nach Osten die Konstellation der Kräfte zugunsten Deutschlands verändere. Es werde geargwöhnt, dass das vereinte Deutschland seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in politische Großmachtsprüche ummünzen und dass Paris an Einfluss auf der europäischen Ebene verlieren könnte. In Frankreich werde befürchtet, dass es in Europa marginalisiert und dass Deutschland zur neuen regionalen Führungsmacht aufsteigen könnte. Man könne sogar, so die Autorin, von einem erneuerten Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem deutschen Nachbarn oder von einem antideutschen Affekt sprechen. In gewisser Weise existiere eine Logik des Misstrauens, die ein wesentliches Element der französischen Deutschlandpolitik sei. Hieraus rührten die deutsch-französischen Konflikte und Kontroversen in jüngster Zeit her (S. 228). In der Tat gilt es, die Schwankungen im Verhältnis Berlin-Paris genau zu beobachten, gehört dieser Bilateralismus doch zu den Kernelementen der europäischen Integration.

Rudolf Hrbek (Tübingen) erörtert in dem Sammelband *Wohin treibt die Europäische Union?* grundsätzliche Fragen der Erweiterung als eines wichtigen Bestandteils der Integration. Er erläutert, inwiefern die EU für die Staaten Mitteleuropas

ein Stabilitätsanker in politischer, sicherheitspolitischer und ökonomischer Hinsicht sei. Der EU komme für den Transformationsprozess jener Staatengruppe eine herausgehobene Bedeutung zu. Dies vor allem, weil die Prinzipien der EU sich auf die Verpflichtung zu einem gewaltlosen Austragen von Konflikten und zur Beachtung bestimmter Regeln bei der Behandlung von Streitfragen richten, die insbesondere umstrittene Minderheiten- und Grenzfragen betreffen. Hrbek führt aus, dass natürlich auch die Mitgliedstaaten der EU ein dringendes Interesse am Erfolg der wirtschaftlichen Transformation hätten: Ihnen ginge es um neue und aufnahmefähige Märkte, um Potentiale für Ressourcen aller Art, um zukunftssträchtige Standorte, nicht zuletzt um die ökologische Stabilisierung Mittel- und Osteuropas, insbesondere hinsichtlich der Atomkraftwerke (S. 41f.).

Insgesamt, so Hrbek, weisen beide Seiten, die EU und die Beitrittskandidaten, der Osterweiterung eine bedeutende Funktion auf dem Weg zu einer politischen Neuordnung Europas zu. Sie erwarten von diesem Prozess eine dauerhafte Stabilisierung auf dem Kontinent und die gleichzeitige Bewahrung der Handlungsmöglichkeit der EU. Was die Erfüllung der Kriterien für die Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder anbetrifft, so meint Hrbek, dass die Antragsteller insgesamt erhebliche Fortschritte gemacht hätten; diese entsprächen im wesentlichen den 1993 auf dem EU-Gipfel zu Kopenhagen an sie gestellten Anforderungen. Diese generell positive Einschätzung schließe nicht aus, dass einzelnen Beitrittskandidaten auf bestimmten Gebieten immer wieder Defizite bescheinigt und sie zu deren Überwindung aufgefordert würden. Schwierig erweise sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Fähigkeit der MOE-Länder, den in der EU existierenden gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*), also das gesamte gesetzliche Regelwerk, vollständig zu übernehmen, insbesondere das des gemeinsamen Binnenmarkts. In dieser Hinsicht gebe es nach wie vor einen großen Nachhol- und Reformbedarf. Hierzu gehöre auch die Bereitschaft der Antragsteller zu einer Einschränkung ihrer politischen Souveränität, wie es die Altmitglieder der EU bereits getan hätten (S. 45f.).

Völlig zu Recht macht Hrbek auf die beträchtliche Kalamität aufmerksam, die darin bestehe, dass die Ergebnisse der gegenwärtig laufenden Beitrittsverhandlungen von den Parlamenten sowohl der Kandidatenstaaten als auch aller Altmitglieder der EU ratifiziert werden müssen. Auch das Europäische Parlament muss jedem einzelnen Beitritt ausdrücklich zustimmen. Erst danach kann der Beitritt der Antragsteller vollzogen werden. Wie das Beispiel der negativ ausgegangenen Volksabstimmung in Irland vom Frühjahr 2001 zeigt, kann der gesamte umständliche Ratifikationsprozess durch die Haltung einzelner Parlamente oder Bevölkerungen verzögert oder unter Umständen blockiert werden. Auch könnten an Deutschland seitens einzelner Staaten Kompensationsforderungen gerichtet werden, weil es der wirtschaftliche Hauptnutznießer der Osterweiterung sei (S. 50f.). Im Sammelband *Europäische Leitbilder* geht Peter Gerlich (Wien) auf die spezifischen Interessen Österreichs an der Osterweiterung der EU ein. Alle Studien zeigten, dass bei einem Vergleich der möglichen negativen und positiven wirtschaftlichen Auswirkungen die positiven

durchaus überwiegen würden. Auch die bisherigen Erweiterungen der Gemeinschaft nach Süden und nach Norden hätten trotz ursprünglich gegenteiliger Befürchtungen immer wieder demonstriert, dass diese Schritte sowohl den alten, als auch den neuen Mitgliedsländern wirtschaftliche Vorteile gebracht haben. Der Autor verweist darauf, dass neben Deutschland auch Österreich aus der Erweiterung große Chancen zu erwarten habe. Wien könnte die Gelegenheit dazu nutzen, sich im Rahmen der EU als eine Art Führungskraft eines zentral-europäischen Blocks zu profilieren. Gerlich plädiert für die Rolle Wiens als eines Brückenbauers und Vermittlers in den skizzierten komplizierten Prozessen (S. 198).

Ludger Kühnhardt (Bonn) wirft in seinem Band *Von Deutschland nach Europa* eine Reihe kritischer und berechtigter Fragen auf, die seitens der EU bisher unbeantwortet geblieben seien, die aber vor der Gemeinschaft nach wie vor als strategische Aufgaben stünden. Der Autor fragt, welche Rolle sollte die von der EU angestrebte Partnerschaft mit Russland für die Entwicklung der Beziehungen des Westens insgesamt zu China und zur islamischen Welt spielen? Warum solle die EU eine unabhängige Ukraine wollen und wie solle sie diese Unabhängigkeit fördern? Wie könne die EU ihr strategisches Verhältnis zur Türkei ausbauen und zugleich eine Europäisierung der Türkei fördern? Wann werde die EU eine Kaukasus- und eine Zentralasien-Politik entwickeln, die nicht nur ein Reflex auf Ölfunde oder Regionalkonflikte ist? Wann werde die EU Pakistan und Indien als ihre geostrategischen Nachbarn wahrnehmen? Wie werde die EU den euro-mediterranen Dialog vorantreiben? Wann werde die EU Afrika wirklich *entdecken* und auf die Potentiale des südlichen Nachbarcontinents konstruktiv reagieren? Wie könne die EU ihre Beziehungen zu Lateinamerika, zur OAU, zur ASEAN und zu den Staaten des Pazifischen Raums vertiefen und konkretisieren? Mit anderen Worten fragt der Autor: Hat die EU eine politische Mission im Innern, die als Botschaft nach außen strahlen kann? Hat die EU ein Bild von der Ordnung der Welt im 21. Jahrhundert? Oder wird die EU sich in den künftigen Kräftefeldern dieser Welt lediglich teils treiben, teils inspirieren lassen? (S. 358f.) Die Fülle der Fragen und Anforderungen, vor denen die EU heute und in Zukunft steht, lässt Bedenken aufkommen, ob die Gemeinschaft zureichende Antworten als konstruktiver Akteur der Weltpolitik wird geben können.

Der Band von Beate Neuss *Geburtshelfer Europas?* ist die Habilitationsschrift der Autorin. Die Arbeit ist eine außergewöhnlich materialreiche Studie, die auf einem beeindruckenden Aktenstudium beruht. Die Verfasserin untersucht darin die langfristige Strategie der USA gegenüber dem Prozess der westeuropäischen Integration in der Nachkriegszeit, insbesondere den hegemonialen Druck der USA auf ihre Verbündeten. Entsprechend der Theorie der hegemonialen Stabilität könne ein Hegemon kurzfristig auf bestimmte Vorteile verzichten, um mittel- und langfristig von dieser Politik erheblich zu profitieren. Die Vereinigten Staaten hätten in den 50er Jahren, so Neuss, einige wirtschaftliche Nachteile hingenommen, um den westeuropäischen Integrationsprozess voranzutreiben und erfolgreich zu gestalten: Es war also das Primat der Politik, nicht der Wirtschaft, das zur Unterstützung und

aktiven Förderung des europäischen Einigungsprozesses führte (S. 349). Wirtschaftliche Instrumente der USA wie der Marshall-Plan oder Kredite für die Montan-Union hätten politischen Zielen gedient, die darin bestanden, ein saniertes und gefestigtes Westeuropa der Sowjetunion gegenüberzustellen. Nicht die Exportchancen der eigenen Wirtschaft hätten die Entscheidungen in Washington bestimmt, sondern die letztlich Ziele des *containment* gegenüber sowjetischen Expansionsbestrebungen. Insofern seien die USA zum aktiven Geburtshelfer der Westeuropa-Integration geworden (S. 348).

*Romain Kirt (Hrsg.), Die Europäische Union und ihre Krisen, Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bd. 30, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001, 347 S., ISBN 3-7890-7169-2*

*Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Wohin treibt die Europäische Union? Grundlagen und Dysfunktionen der Einigungspolitik, Würzburger Universitätsschriften zu Geschichte und Politik, Bd. 2, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001, 113 S., ISBN 3-7890-7249-4*

*Roland Hierzinger, Johannes Pollak (Hrsg.), Europäische Leitbilder. Festschrift für Heinrich Schneider, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001, 220 S., ISBN 3-7890-7058-0*

*Ludger Kühnhardt, Von Deutschland nach Europa – Geistiger Zusammenhalt und außenpolitischer Kontext, Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bd. 25, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, 464 S., ISBN 3-7890-6732-6*

*Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945-1958, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, 388 S., ISBN 3-7890-6384-3*